

# Staatsstreich in Zeitlupe

## 10. KAPITEL: DIE ENTEIGNUNG DER ÖSTERREICHER

**Andreas van de Kamp**  
andreasvandekamp@gmail.com

### Was bisher geschah

Im Vorgängerkapitel wird Österreichs "Aufbruch in die Knechtschaft" geschildert. Der Text behandelt die Zeit nach der Abgabe des Beitrittsansuchens im Sommer 1989 bis zum tatsächlichen Beginn der Mitgliedschaft 1995. Geschildert wird, wie die politisch relevanten Gruppen nach und nach auf die Linie eines Vollbeitritts gebracht wurden und was die - durchaus nachvollziehbaren - Beitrittsmotive waren. Ausgangspunkt war der Wunsch, weiterhin Teil des europäischen Wirtschaftsgebiets zu sein und diese Teilhabe womöglich auszubauen.

"Europa" hat sich in diesen wenigen Jahren so grundlegend geändert wie in Jahrzehnten davor nicht. Es wurde von einem wirtschaftlichen zu einem politischen Projekt. Das geschah ohne dass die Bürger der europäischen Staaten das wirklich mitgekommen haben und - mit wenigen Ausnahmen - ohne dass sie gefragt wurden. Aus den politischen Führern wurden die Entführer der europäischen Nationen. Das Verhalten der politischen Klassen seit 2009, unbedachte Äußerungen von europäischen Spitzenpolitikern und andere begleitende Indizien sprechen dafür, dass die Politiker Wirtschaftskrisen nutzen - und diese möglicherweise auch fördern - um sich ihren paneuropäischen Traum zu erfüllen.

Der erste Teil des folgenden Kapitels widmet sich den entscheidenden Jahren 1995 bis 2000. Es geht um die politische und finanzielle Enteignung der österreichischen Staatsbürger durch ihre Regierung. Der Mehrheitswunsch der Bevölkerung, über die neue Währung abstimmen zu dürfen, wird mit dem Hinweis abserviert, es gebe gar keine Möglichkeit mehr, Nein zu sagen. Gleichzeitig tut die schwedische Regierung aber genau das, was laut Vranitzky und Schüssel unmöglich ist: den Beitritt um ein paar Jahre verschieben und vorher eine Volksabstimmung ansetzen.

Der nächste Abschnitt widmet sich der Art und Weise, wie es die damalige Regierung geschafft hat, sich für den Euro zu qualifizieren: durch das Verschleudern von Staatseigentum, Budgetkosmetik und Verbuchungstricks sowie durch Verkäufe von Staatsgold, die nur etwa ein Viertel jenes Betrags hereingespielt haben, den man heute damit erzielen könnte. Allein 1997 verkaufte die Nationalbank 100 Tonnen, ein Viertel der über Jahrzehnte hinweg zusammengetragenen Goldreserven.

Um das nach diesem Ausverkauf verbliebene Staatsgold geht es in den beiden folgenden Abschnitten, die in der zweiten Tranche geliefert werden. Dieses heute noch als "österreichisches" Eigentum dargestellte Vermögen gehört mittlerweile der EZB. Deren Direktoren und Räte haben das volle Verfügungsrecht darüber. Der Übergang erfolgte per Anfang 1999 und seine Begleitumstände lassen an eine Enteignung ohne (volle) Entschädigung denken. Wie "Hans im Glück" im Märchen der Gebrüder Grimm tauschte die Nationalbank echtes Gold gegen möglicherweise virtuelle "Gold und Goldforderungen".

80 Prozent dieses ihres ersten Aktivpostens befinden sich nach Angaben der Nationalbank heute in London. Ob es sich dabei um Barren oder einen Buchhaltungs-Eintrag auf geduldigem Papier handelt, ist nicht zu eruieren. Eine Inventur des physischen Bestands - beispielsweise durch den Rechnungshof - wurde seit Jahrzehnten nicht mehr durchgeführt.

In einem Exkurs wird gezeigt, dass aber auch der heutige vierfache Preis kein echter Marktpreis ist, sondern dass dieser über Derivate zustande kommt, mit denen jeden Tag das Mehrfache der Neuproduktion eines ganzen Jahres gehandelt wird. Daher bestehen kaum Zweifel darüber, dass ein "normaler", nach Angebot und Nachfrage gebildeter Preis ein Vielfaches des heutigen offiziellen Werts erbringen würde. Die westlichen Zentralbanken haben ein mächtiges Motiv, den Goldpreis am Steigen zu hindern. Sie verhindern damit höhere Zinsen. Wenn sie das lange genug durchhalten ermöglichen sie den überschuldeten Staaten in den USA und Westeuropa, sich auf Kosten der Sparer zu sanieren.

Die letzte Tranche dieses Kapitels zeigt, dass die Strategie von Rot und Schwarz, Abstimmungen über EU-Angelegenheiten zu verhindern, die Jahrtausendwende überdauert hat. Praktisch wird jeder politische Preis bezahlt, um dem Souverän der nationalen österreichischen Demokratie keine Gelegenheit zu geben, über die wichtigste<sup>1</sup> politische Frage zu entscheiden: ob er in einem selbstständigen Staat leben möchte oder ob dieser in einem europäischen Imperium aufgehen soll.

So hat Bundeskanzler Faymann 2008 öffentlich versprochen, bei künftigen Vertragsänderungen eine Volksbefragung durchzuführen. Zwei Jahre später hat er dieses Wort gebrochen.<sup>2</sup> Auch der Bundespräsident ist mit von der Partie. Trotz ständiger massiver juristischer Umbauarbeiten will er partout keine "Gesamtänderung der Verfassung" bemerken - was eine Volksbefragung unumgänglich machen würde.

### **Stimmungsumschwung**

Wer in Österreich nach dem Beitritt gedacht hatte, dass man sich nun eine Weile von den ständigen europapolitischen Nötigungen erholen werde können, täuschte sich. Bis 1996 hatten

---

<sup>1</sup> in seinem Einflussbereich liegende

<sup>2</sup> Rein "technisch" gesehen hat es sich nicht um einen Wortbruch, sondern nur um ein gefinkeltes Täuschungsmanöver gehandelt

zehn ehemals kommunistische Länder um die Aufnahme angesucht und kaum in der EU angekommen fingen die österreichischen Bonzen an, sich als Fürsprecher der Beitrittswilligen aufzuführen. Von ferne sahen sie eine kleine Sprechrolle als Schutzmacht für osteuropäische Länder winken. Um ein solches Engagement zu bekommen musste man sich bei Hof freilich eifrig zeigen.

Bald schon begannen am Ballhausplatz die Vorbereitungen auf den Vertrag von Amsterdam, der die Union für die osteuropäischen Kandidaten aufnahmefähig machen sollte. Es dauerte auch nicht lange bis absehbar war, dass die gemeinsame europäische Währung doch nicht geplatzt war, wie Journalisten wenige Tage vor der EU-Abstimmung voreilig geschrieben hatten. Schon Ende 1995 legten die Regierungschefs in Madrid den künftigen Namen der Gemeinschaftswährung fest: Euro, nicht Ecu.

Seit dem Beitritt hatte sich die Konjunktur nicht wirklich verbessert. Ferdinand Lacina weigerte sich in seinem letzten Jahr als Finanzminister, einem Jahr mit vorgezogenen Neuwahlen, den Bösewicht zu spielen und legte noch einmal ein bombiges Defizit von 5,7 Prozent hin.

Die Koalition scheiterte dann auch am Budget 1996 und nach nur einem Jahr wurden die Österreicher Ende 1995 erneut an die Urnen gerufen. Wegen seines Rufs als herzloser Sparmeister blieb der neue ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel weit hinter seinem Regierungspartner Franz Vranitzky zurück. Der hatte den zwei Millionen Rentnern in einem Brief versichert, dass die SPÖ ihre Pensionen nicht antasten werde. Die ÖVP blieb auf der Rolle als Austeritäts-Partei sitzen.

Noch bevor die neue, alte Koalition wieder zusammenfand war klar: Mit einem Defizit von sechs Prozent konnte es nicht weitergehen, allein schon deswegen, weil man beim ersten Schwung der Euroländer dabei sein wollte und schnellstens in die Nähe der Maastrichtkriterien zu kommen gedachte.

"Im Finanzbereich müssen wir jetzt die bitteren Pillen verteilen. Da darf sich niemand verweigern. Auf Franz Vranitzky kommt so ziemlich die schwerste Zeit seines Lebens zu", kündigte Schüssel nach der Wahl an. Er wusste, dass Vranitzky keinen anderen Koalitionspartner hatte als ihn. Der alte Machtpolitiker fand es ganz und gar nicht witzig, auf eine solche - wie er meinte: unfaire - Weise ausmanövriert zu werden.<sup>3</sup>

"Die SPÖ muß jetzt im Wissen um Österreichs dramatische Schuldenfalle Vorschläge machen, wenn sie uns als Partner will. Wir werden das sicher nicht mehr tun, nur um uns hinterher denunzieren zu lassen, wir seien diejenigen, die die Renten kürzen wollen."

Jeder konnte wissen, dass in der nächsten Legislaturperiode Schmalhans Küchenmeister sein würde. Die Sparpakete der folgenden Jahre verringerten die verfügbaren Einkommen und die

---

<sup>3</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8871723.html>

Beschäftigung dann auch merklich, wenngleich nicht wirklich dramatisch.<sup>4</sup> Dennoch dominierte in der Bevölkerung der Eindruck, man wolle ihr noch das letzte Hemd ausziehen, nur um bei der neuen Währung vorn dabei sein zu können.

Vielleicht hatten die EU-Freunde nach der Volksabstimmung vor zwei Jahren momenthaft gehofft, schon bald über ein geläutertes Volk von "Proeuropäern" regieren zu können - eine Illusion, die schnell geplatzt sein musste. Während auf den offiziellen Gebäuden neuerdings die blauen Fahnen mit den zwölf Sternen wehten und die Minister mit den noch neuen Erfahrungen bei den Sitzungen in Brüssel prahlten, wurde der Euro-Grant der Bevölkerung immer größer.

Natürlich hatte nicht alles mit der Union zu tun - aber vieles. Den Schilling, der zum Zeichen eines bescheidenen Wohlstands und einer begrenzten Eigenständigkeit geworden war, wollte fast niemand aufgeben. In einer market-Studie im Juli 1996 hielten nur zehn Prozent der Befragten die künftige Währung für vertrauenswürdig. 75 Prozent wollten beim Schilling bleiben.

Hielte man jetzt eine Volksabstimmung ab, wären die Ergebnisse "katastrophal", denn es gebe eine "satte Mehrheit" gegen den Euro, warnte Meinungsforscher Werner Beutelmeyer damals und folgerte daraus, die Regierung werde noch ein "gewaltiges Stück Aufklärungsarbeit leisten" müssen.<sup>5</sup>

Wie er konnten sich damals viele nicht vorstellen, dass eine Währung, die 50 Jahre lang für den kleinösterreichischen Patriotismus gestanden war, ohne Federlesens durch europäisches Esperantogeld ersetzt werden könnte.

\* \* \*

Der deutsche Kanzler Kohl hat Jahre danach eingestanden, sich bei der Euro-Einführung "wie ein Diktator" verhalten zu haben - ohne dass er dies freilich reuig gemeint hätte. "Wir hätten ein Referendum über die Einführung des Euro verloren. Das ist ganz klar. Ich hätte 30 zu 70 Prozent verloren."<sup>6</sup>

Eine vergleichbare Aussage eines österreichischen Politikers gibt es nicht. Doch wussten die Politiker auch hier, dass eine solche Volksabstimmung mit großer Wahrscheinlichkeit mit einem ganz ähnlichen Stimmenverhältnis verloren gegangen wäre und dass sie es besser nicht darauf ankommen lassen sollten.

Um dieses Dilemma zu verbergen, schufen sie die Phrase, dass man "die Menschen" eben so

---

<sup>4</sup> APA 363, 18.11.1999.

<sup>5</sup> APA 283, 5.7.1996

<sup>6</sup><http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/germany/9981932/Helmut-Kohl-I-acted-like-a-dictator-to-bring-in-the-euro.html>

gründlich wie möglich informieren müsse, damit sie ein Einsehen für das Vorgehen ihrer Regierung gewinnen könnten. So erklärte der Finanzstaatssekretär, die Ablehnung der neuen Währung sei "eine Verpflichtung für die Regierung, die Informationstätigkeit zu intensivieren und den Informationsstand der Bevölkerung zu heben". Die Regierung werde "sehr objektiv, sachlich und umfassend informieren und dabei nicht nur die Vorteile, sondern auch die Nachteile auf den Tisch legen".<sup>7</sup>

Wolfgang Ruttenstorfers Ankündigung einer Informationsoffensive fand unter dem Druck eines durch die FPÖ angekündigten Euro-Volksbegehrens statt. Die Pläne für eine solche Eventualität lagen ja schon seit 1989 bereit, als SPÖ und ÖVP erstmals vereinbarten, den Bürger "umfassend über die EG zu informieren".<sup>8</sup>

Die Ankündigung des Staatssekretärs vom August 1997 entpuppte sich aber als voreilig, denn irgendwann in den nächsten Wochen musste am Ballhausplatz klargeworden sein, dass dieses Volksbegehren auf einen Fehlschlag zusteuerte. Die Informationsoffensive war nicht mehr notwendig und wurde abgeblasen. Um keine schlafenden Hunde zu wecken sollte das Thema ab sofort nur mehr außerhalb der Hörweite des Normalbürgers stattfinden, zum Beispiel im Parlament.

Die FPÖ war damals die einzige Partei, die in der Post Beitritts-Depression der Bevölkerung politisches Potenzial sah und auch bereit war, dieses zu nutzen. Das passte gut zum nationalpolitischen Wendemanöver, das die Freiheitlichen gerade durchführten. Die Partei des Mannes mit dem Missgeburts-Sager gab sich damals ein neues Programm, mit dem sie sich für den vakant gewordenen Posten als "Österreich-Partei" bewarb.<sup>9</sup>

Das Referendum ging unter dem Namen Schilling-Volksbegehren in die Geschichte ein, wurde diesem Namen aber eigentlich nicht gerecht. Die Freiheitlichen wollten die Euroeinführung eher verschieben als den Schilling auf längere Sicht behalten und der Wortlaut ihrer Petition verlangte eigentlich "nur" die Abhaltung einer Volksabstimmung über eine wichtige Frage, nein: die wesentlichste währungspolitische Weichenstellung seit einem halben Jahrhundert.

Die Freiheitlichen wollten mit einem Text mobilisieren, wie ihn ein Politologieprofessor nicht besser hätte formulieren können. Der Kern der Argumentation war, dass das Land bei einer Euro-Einführung seine staatliche Souveränität aufgeben werde, was aus rechtlichen Gründen zwingend eine Volksabstimmung erforderlich mache. Das dahinter stehende Kalkül war, die als "demokratiepolitisch sensibel" geltenden Grünen ins Boot holen.

Die FPÖ setzte sich damit zwischen zwei Stühle, denn die Grünen wollten mit den Unruhestiftern am rechten Rand nichts zu tun haben und hatten sich im Übrigen kurz vorher entschieden, doch "für Europa" zu sein. Für viele hartgesottene Unterzeichner etwa des

---

<sup>7</sup> APA 502, 18. August 1997

<sup>8</sup> Siehe APA 106, 26.6. 1989

<sup>9</sup> Siehe z.B. APA 300, 29.10.1997

Antiprivilegien- oder Ausländer-Volksbegehren war der Aufruf dagegen wenig attraktiv - ebensowenig wie für eingefleischte Schilling-Fans, die nicht verstehen konnten, warum die ansonsten so aggressive FPÖ plötzlich auf Samtpfoten daherkam und nicht direkt die Beibehaltung der alten Währung forderte. Für sie roch das ganze nach Inszenierung, einer Pflichtübung oder einer gegen die eigene Überzeugung durchgeführten Aktion.

Das "Schilling-Volksbegehren" kam dann auch auf gerade einmal 254.000 Unterschriften - das Doppelte einer ähnlichen Minderheitenfeststellung die die Grünen 1991 dem EWR gewidmet hatten. Angesichts von Umfragen, dass bis zu einem Drittel der Österreicher unterzeichnen könnte sowie der 27 Prozent, die die FPÖ bei den Wahlen zwei Jahre später einfuhr, war das mehr als ein Flop. Das war fast schon ein "Kunststück".

Für die "Altparteien" stellte eine Petition mit 4,4 Prozent den bestmöglichen Ausgang dar. Nach den ungeschriebenen Regeln der Branche konnten die Stimmen in den Papierkorb wandern - schließlich hatte Kreisky schon einmal ein Volksbegehren mit 1,4 Millionen Unterschriften ignoriert. Dennoch konnte man argumentieren, dass es eine direktdemokratische Möglichkeit gegeben hatte, um sich zu artikulieren. Am besten war aber, dass die unvermeidlichen inhaltlichen Diskussionen um den Währungswechsel wie hinter der Leinwand eines Schattentheaters abliefen.

In dieser Aufführung ging es nicht mehr um Sein oder Nichtsein eines Staats oder einer seit einem halben Jahrhundert bestehenden Währung, sondern um den Kampf einer angeblich demokratischen Vierparteienkoalition gegen einen angeblich undemokratischen Opportunisten, "der an die dumpfen Gefühle der Bevölkerung appellierte".

### **Die erste nicht notwendige Volksabstimmung**

Die Regierungspolitiker, die den Bürgern drei Jahre vorher vorgegaukelt hatten, dass sich beim neuen EU-Geld um die Zukunftsmusik des nächsten Jahrtausend handle, stellten sich auf den Standpunkt, dass es sich bei all dem - Währungswechsel, die Eingliederung der Nationalbank in ein europaweites Netzwerk von Zentralbanken sowie die Aufgabe der österreichischen Devisenreserven - um keine Änderung der Gesamtverfassung handle und daher auch nicht den Staatsbürgern vorgelegt werden müsse.

Manche behaupteten sogar, dass die Österreicher gar nicht darüber abstimmen könnten, weil sie mit dem Ja zum Beitritt zugesagt hätten, ohne Wenn und Aber die künftige Gemeinschaftswährung zu übernehmen - also das genaue Gegenteil dessen, was die mittlerweile pensionierte Nationalbankdirektorin vor der Volksabstimmung beteuert hatte.<sup>10</sup> In jeder österreichischen Alltagssituation würde eine solche Haltung mit dem Ausdruck "Schmecks!" kommentiert und von einer einschlägigen Geste mit dem rechten Zeigefinger

---

<sup>10</sup> Siehe Kapitel Währungsstabilität

begleitet.<sup>11</sup>

Die SPÖ pflegte diese legalistische Argumentation mit besonderer Hingabe, besonders die von ihr gestellten Regierungschefs, Franz Vranitzky und Viktor Klima. Ersterer antwortete Anfang 1996 auf eine Anfrage im Parlament: "Die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion ist Bestandteil des Vertrags von Maastricht. Dieser stellte bereits zum Zeitpunkt der Volksabstimmung über den österreichischen EU-Beitritt geltendes Gemeinschaftsrecht dar. Bei der Volksabstimmung erfolgte daher mit der Zustimmung zum Beitritt zur Europäischen Union gleichzeitig die Zustimmung zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion."<sup>12</sup>

Ähnlich argumentierte von der SP-Parlamentsbank aus der spätere Bundeskanzler Alfred Gusenbauer: "Bei der Volksabstimmung 1994 sei bereits klar gewesen, welche Länder über ein 'Opting out' verfügten und welche nicht, da der Maastricht-Vertrag aus dem Jahre 1992 stamme. Auch die damit in Zusammenhang stehenden Konvergenzkriterien seien im Juni 1994 bereits bekannt gewesen (...)"<sup>13</sup>

SP-Staatssekretär Ruttenstorfer warf der FPÖ vor, mit ihrem Schilling-Volksbegehren die Vertragstreue Österreichs in Frage zu stellen.<sup>14</sup> Aber auch der konservative Vizekanzler Schüssel tat so, als habe man gar keine andere Wahl als zum frühesten Zeitpunkt die Gemeinschaftswährung zu übernehmen. Haider rufe mit seinem Volksbegehren praktisch zum Rechtsbruch auf, meinte er - und "mit jemandem, der eine Verpflichtung ohne Notwendigkeit in Frage stellt, kann man nicht zusammenarbeiten."<sup>15</sup>

Eher als Volks- glich diese Haltung Handelsvertretern, die gerade einen lukrativen Abschluss gemacht hatten und sich plötzlich mit Zweifeln des Käufers konfrontiert sahen: "Was, sie haben den Vertrag nicht gelesen? Jetzt ist es zu spät. Hier ist ihre Unterschrift!"

Die Begründung der Handlungsreisenden von SPÖ und ÖVP hat wie viele Legenden einen wahren Kern: Mit dem Beitritt zur EU muss sich noch heute jeder Kandidat verpflichten, zu einem späteren Zeitpunkt der Währungsunion beizutreten<sup>16</sup>.

Nirgendwo steht aber geschrieben, wann das zu geschehen habe und letztlich handelt es sich um eine grundsätzliche Zusage, die nicht mit der Brechstange durchgesetzt werden kann. Voraussetzung ist jedenfalls immer die Erfüllung bestimmter Kriterien durch den Beitrittskandidaten.

Aber auch dessen Vertragspartner, die Eurozone selbst, hat versprochen, sich an bestimmte Kriterien zu halten. Diese Versprechen wurden mehrfach gebrochen - was 1997/98 selbst für

---

<sup>11</sup> <http://www.ostarrichi.org/wort-10202-at-schmecks.html>

<sup>12</sup> [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/AB/AB\\_01118/fnameorig\\_126669.html](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/AB/AB_01118/fnameorig_126669.html)

<sup>13</sup> [http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_1997/PK0397/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_1997/PK0397/index.shtml)

<sup>14</sup> OTS 122, 29.8. 1997

<sup>15</sup> APA 331, 24.8. 1997

<sup>16</sup> Nur Großbritannien und Dänemark haben sich eine Ausnahme dazu herausverhandelt

einfache Bürger bereits absehbar war. Seither sind noch ein paar Vertragsbrüche dazugekommen, beispielsweise durch die Einführung der Rettungsschirme. Das war so offensichtlich, dass es selbst von den ansonsten verlogenen Euro-Politikern nicht abgestritten werden konnte: ""Wir verletzen alle Rechtsvorschriften, weil wir einig auftreten und wirklich die Eurozone retten wollen. Der Vertrag von Lissabon war eindeutig. Keine Rettungsaktionen."<sup>17</sup>

Aber das Recht ist eine Sache und Politik eine andere. In der Politik funktioniert nicht alles nach im Vorhinein festgelegten, formaljuristischen Kriterien - wie in Schweden erkennbar wurde, das 1995 zeitgleich mit Österreich der Union beigetreten war. Die dortige Regierung tat das genaue Gegenteil dessen, was Vranitzky und Schüssel als rechtlich zwingend darstellten. Schweden verschob seinen Beitritt zum Euro und machte dessen Einführung von einer positiven Volksabstimmung abhängig.

Regierungschef Göran Persson hatte nichts von einem "Rechtspopulisten" an sich, aber er setzte in seinem Land das um, was die FPÖ mit ihrem Volksbegehren in Österreich verlangte.

Der Sozialdemokrat trat persönlich entschieden für den Euro ein, aber er hatte es nicht besonders eilig damit und war vor allem nicht der Ansicht, dass ihn die Schweden in der Beitritts-Abstimmung ermächtigt hätten, die Krone abzuschaffen. Persson hegte damals keinen Zweifel, eine Euro-Volksabstimmung gewinnen zu können, denn er strotzte geradezu vor Selbstbewusstsein, dem Selbstvertrauen eines Politikers, der mitgeholfen hatte, sein Land aus einem Konkursfall in ein Paradebeispiel für eine gelungene Staatsreform zu verwandeln.

Ein paar Jahre später mochte er diese seine Haltung bereut haben, denn bei der 2003 abgehaltenen Volksabstimmung stimmten 56 Prozent mit Nein. Aber alles in allem sind die Schweden auch außerhalb des Euro nicht schlecht gefahren und heute wollen 82 Prozent nichts mehr von der europäischen Gemeinschaftswährung wissen<sup>18</sup>. Dies obwohl das Land mit Leichtigkeit die Beitrittskriterien erfüllen würde.

Zwar hat sich Stockholm das in seinen Beitrittsverhandlungen nicht ausdrücklich ausbedungen, es hat heute aber ein faktisches "Opt out"<sup>19</sup> aus der Währungsunion. Ein formaljuristischer Vorwand muss herhalten, um das Draußenbleiben zu begründen: Schweden war und ist nicht Mitglied des zweiten Wechselkursmechanismus der EU (EWS II), eine unabdingbare Voraussetzung für den späteren Euro-Beitritt. Die Mitgliedschaft beim EWS ist aber freiwillig.<sup>20</sup>

Übrigens strafen auch die Osteuropäer die Behauptung Lügen, ein EU-Mitglied müsse auf schnellstem Weg dem Euro beitreten. Während sich einige der 2004 dazu gestoßen Neuen den Euro schon zugelegt haben und Litauen das 2015 tun will<sup>21</sup>, verweigern sich die größeren

---

<sup>17</sup> Christine Lagarde, französische Finanzministerin, FAZ, 23.12.2010

<sup>18</sup> [http://www.scb.se/Pages/PressRelease\\_345592.aspx](http://www.scb.se/Pages/PressRelease_345592.aspx)

<sup>19</sup> Ausnahme

<sup>20</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/euro/adoption/erm2/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/euro/adoption/erm2/index_en.htm)

<sup>21</sup> Auch die Litauer lehnen mehrheitlich den Euro ab und Vilnius behauptet, es sei keine Volksabstimmung notwendig



Staaten beharrlich.

Unter dem Druck der Eurokrise und der einer skeptischer werdenden Stimmung haben Polen, Tschechien und Ungarn die Teilnahme schon vor Jahren auf die lange Bank geschoben - und diese wird seither immer länger. Der letzte Stand bei Tschechien: "Nicht vor 2019".<sup>22</sup>

### **Budgettricks und Goldverkäufe**

Als 2009 klar wurde, dass Hellas jahrelang seine Bücher manipuliert hatte, brach die Stunde der Heuchler an. Krethi und Plethi begannen mit dem Finger auf Athen zu zeigen und sich zu empören, dass sich die hinterlistigen Griechen in die Eurozone hinein geschummelt hätten und wie doch alle getäuscht worden seien.

Nicht um Worte verlegen war beispielsweise Theo Waigel, der langjährige Finanzminister Helmut Kohls, der nach eigener Aussage eine Wette mit seinem damaligen griechischen Kollegen verloren hat, weil er partout nicht an den baldigen Beitritt Griechenlands glauben wollte. "Griechenland hätte nie in den Euro aufgenommen werden dürfen!", polterte Waigel.<sup>23</sup>

Der Bayern-Theo hatte in diesem Fall leicht reden, weil Griechenland das einzige Land war, das die EU-Chefs beim besten Willen nicht sofort zulassen konnten. Nach der Wahlniederlage der CDU im Herbst 1998 musste Waigel abtreten und als Griechenland zwei Jahre später in den Klub aufgenommen wurde, war schon der rote Hans Eichel Finanzminister. Das wirft die Merkel der Regierung Schröder noch heute vor.<sup>24</sup>

Statt sich über den Splitter des Bruders zu verbeistern könnten Waigel und Merkel auch über den Balken im eigenen Auge sprechen, über Italien. Waigel und Kohl haben für dessen Beitritt gestimmt - obwohl Rom für alle Informierten ersichtlich beim Budget getrickst hatte und Welten davon entfernt war, das Kriterium bei den Schulden zu erfüllen. Dabei hatten die deutschen Beamten den Kanzler und seinen Finanzminister gewarnt. Doch "nicht wirtschaftliche Kriterien entschieden über den Beitritt, sondern vor allem politische Erwägungen. Und so war der Präzedenzfall geschaffen, für eine viel größere Fehlentscheidung zwei Jahre später: die Euro-Mitgliedschaft Griechenlands."<sup>25</sup>

Was damals in Rom abgelaufen sein muss, deutet ein Bericht des italienischen Finanzministeriums an, aus dem hervorgeht, dass die Italiener unter dessen damaligem Generaldirektor namens Mario Draghi, offenbar ähnliche Techniken eingesetzt haben wie die

---

<sup>22</sup> Siehe APA 087, 30.5. 2013

<sup>23</sup> Z.B. <http://www.youtube.com/watch?v=wtsx4zisAQc>

<sup>24</sup> <http://ransquawk.com/headlines/german-chancellor-merkel-says-greece-shouldn-t-have-been-let-into-euro-at-entry-27-08-2013>

<sup>25</sup> Siehe Spiegel 19/2012, Operation Selbstbetrug, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-85586168.html> Ob Griechenland tatsächlich die größere Fehlentscheidung gewesen ist, darüber lässt sich diskutieren.

Griechen ein paar Jahre später - z.B. Swaps, die es ihnen erlaubten, zum richtigen Zeitpunkt um Milliarden höhere Einnahmen zu verbuchen. Obwohl sich die Steuereinnahmen und Staatsausgaben kaum veränderten, reduzierte sich das italienische Budgetdefizit wie von Zauberhand von 7,7 Prozent 1995 auf erlaubte 2,7 Prozent im Jahr 1997.<sup>26</sup>

Die niederländische Zentralbank machte sich spätestens 1997 keine Illusionen mehr darüber, was die angeblich so "strikten" Finanzkriterien wert waren und dass nicht irgendwelche technischen Kriterien, sondern die Politik ausschlaggebend war. Der frühere niederländische Notenbankchef Nout Wellink formulierte das rückblickend so: "Italien war ein Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft. Diese Leute kannten sich hinlänglich aus, die Zahlen so darzustellen, dass die Konvergenzkriterien erfüllt waren."<sup>27</sup>

Dass sich auch Wien der Finanz-Alchemie internationaler Investmentbanken bedient hätte, ist wenigstens bis heute nicht bekanntgeworden. Die Schnelligkeit, mit der es Vranitzky, Klima und Edlinger gelungen ist, das Defizit zu drücken, lässt das möglich erscheinen; wahrscheinlich haben aber die traditionellen budgetären Schönheitsmittelchen ausgereicht.

Unmittelbar nach der Regierungsbildung 1995/96 begann die neue Regierung jedenfalls hektisch an wenigstens zwei Dutzend "Stellschrauben zu drehen", wie das im Politikerjargon heißt. Der dabei erzielte Erfolg war nicht viel weniger verblüffend als in Italien: Die österreichische Defizitquote drittelt sich von 5,7 (1995) auf 1,9 Prozent (1997) und die Staatsverschuldung war erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik rückläufig. Damit gelangte Wien im für die Währungsunion alles entscheidenden Jahr 1997 mit dem Budget "in den grünen Bereich" (die 60-Prozentmarke bei den Schulden wurde nie ganz erreicht).

Dass das alles nicht "nachhaltig" war, wie ein an sich wohlwollender Beobachter später mild tadelnd feststellte<sup>28</sup>, kratzte niemanden. Schließlich ging es nicht um einen Schönheitspreis und von einer nachhaltigen Budgetsanierung konnte auch in den anderen europäischen Staaten keine Rede sein.

Wo immer das opportun war - nicht auf Gewerkschaftsversammlungen - führte die Regierung die Reduktion der Defizitquote auf ihre Sparsamkeit zurück. Gekürzt wurde beispielsweise bei den Pensionen, in der Wirtschaftsförderung und bei der Bildung. Das war aber nur ein Teil der Wahrheit. Der neue Finanzminister Rudolf Edlinger erhöhte auch ein halbes Dutzend Steuern, beim Absatzbetrag etwa, der Körperschaftssteuer und bei den Verlustvorträgen. Nach alter österreichischer Tradition stammte etwa die Hälfte des "Konsolidierungsvolumens" aus Einnahmenerhöhungen.

Gleichzeitig wurde staatliches Familiensilber in einem Ausmaß auf den Markt geworfen, das jeder "neoliberalen" Regierung zur Ehre gereicht hätte. Binnen zwei Jahren konnte die Koalition

---

<sup>26</sup> <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/440007a8-dd9a-11e2-a756-00144feab7de.html#axzz2Z5QsRZsu>

<sup>27</sup> David Marsh, Der Euro, 2009. S.268.

<sup>28</sup> Erfolgreiche Budgetsanierungen im Internationalen Bereich, 2006, Seite , S. 88

zusammen 33,4 Milliarden Schilling an Einmal Erlösen aus Privatisierungen lukrieren, das meiste davon 1997.<sup>29</sup> Das reguläre Konsolidierungsvolumen betrug 1996 und 1997 zusammen etwa 100 Mrd. Schilling. Das reichte aber noch immer nicht aus, weil man sich immer noch über der von Maastricht erlaubten Schuldenquote befand und wenigstens ein Zeichen des guten Willens setzen wollte.

Bei den Privatisierungen wurde daher nicht lange gefackelt. Die Verkäufe von Staatsbesitz hatten erst unter Vranitzky 1987 so richtig begonnen und Engpässe beim Nachschub zeichneten sich zum damaligen Zeitpunkt noch keine ab. Die bei weitem höchsten Erlöse - 17 Milliarden - erbrachte der Verkauf der Bundesanteile der Creditanstalt an die Bank Austria. Dies war ein politisch extrem sensibler Deal, der speziell der ÖVP gegen den Strich ging.

Aber es half alles nichts: Wien wollte um jeden Preis und möglichst schnell in den Euro und benötigte Geld, Geld und nochmals Geld. Ein Paradebeispiel für die Schleuder-Mentalität, mit der damals vorgegangen wurde, war die Hälfte-Privatisierung des früheren Tabakmonopols.

Nachdem die Austria Tabak ihre marode Sportartikelgruppe HTM 1995 für einen symbolischen Betrag an den "Investor" Johan Eliasch verkaufen hatte müssen, ließ Edlinger die Hälfte der auf ihren Kernbereich geschrumpften Firma an die Börse bringen. Erzielt wurden 505 Schilling pro Anteilsschein, umgerechnet 36,70 Euro, ein Spottpreis. Die von der ÖIAG lukrierten Erlöse beliefen sich auf 5,5 Mrd. S oder 400 Mio. Euro.<sup>30</sup>

Ein paar Jahre später verkaufte die bürgerliche Nachfolgeregierung den Rest der Austria Tabak um mehr als das Doppelte (85 Euro) an einen internationalen Tabakkonzern<sup>31</sup> - viel zu billig, wie SPÖ und Gewerkschaft daraufhin zu jammern begannen. Die zweite Privatisierungstranche avancierte für die Linke schnell zum Beweisstück für die "systematische Verschleuderung von Staatsbesitz" durch den neuen Finanzminister Karl-Heinz Grasser. Die Kritiker machten - mit einer gewissen Berechtigung - geltend, dass der von Gallaher gezahlte Preis angesichts der nach 2000 erzielten Gewinne viel zu niedrig ausgefallen sei. Das Argument wies "nur" den Makel auf, dass vier Jahre davor ein roter Finanzminister um die Hälfte verkauft hatte.

Dazu kamen Budgettricks wie die Ausgliederung der Autobahngesellschaft Asfinag sowie Verkäufe von Forderungen des Wasserwirtschaftsfonds, die die Maastricht-Schulden allein 1997 um fünf Prozentpunkte drücken konnten. Zu guter Letzt fand sich noch ein sogenannter Nullkuponfonds, den man zu Geld machen und maastrichtkonform verbuchen konnte.<sup>32</sup>

Rein theoretisch konnten Privatisierungen nur dabei helfen, die Schulden zu senken, nicht aber, die Budgetziele zu erreichen. Es gibt aber klare Hinweise, dass die Bilanzakrobaten in der Himmelfortgasse<sup>33</sup> (legale) Wege gefunden haben, Verkaufserlöse weißzuwaschen und für die

<sup>29</sup> Erfolgreiche Budgetkonsolidierungen, S. 90.

<sup>30</sup> Siehe APA 547, 30.10. 1997

<sup>31</sup> APA 389, 23.8. 2001

<sup>32</sup> Siehe APA 121, 23.7.1998

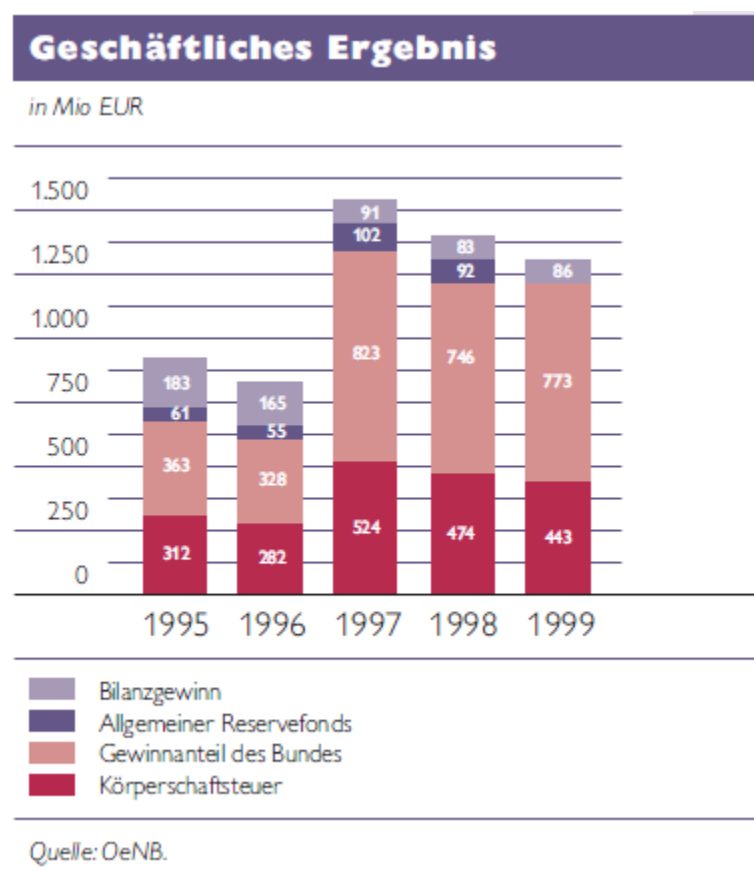
<sup>33</sup> Sitz des österreichischen Finanzministeriums

Budgetrechnung nutzbar zu machen - und dass dies in die Milliarden gegangen ist.<sup>34</sup>

Welcher Anteil an der Verbesserung des Staatshaushalts solche "Budgettechnik" hatte, lässt sich heute ohne größeren Aufwand nicht seriös beantworten. Bezeichnenderweise waren und sind derlei Fragen für die wenigen nicht (direkt) in Regierungsdiensten stehenden Finanzwissenschaftler, die das intellektuelle Rüstzeug dafür hätten, kein Thema.

Eine verbuchungstechnisch unbedenkliche Melkkuh war dagegen die formell unabhängige Nationalbank, bei der der Staat gleich an zwei Zitzen saugen konnte: an der Steuer- und der Profitzitze. Wie bekannt muss die OeNB ja bis heute 90 Prozent ihres Gewinns dem Fiskus überweisen.

Im entscheidenden Jahr 1997 lieferte sie 10 Mrd. Schilling (737 Mio. Euro) mehr ab als ein Jahr vorher<sup>35</sup>.



<sup>34</sup> Siehe dazu z.B. APA 546, 15.1.1998 "Die ÖIAG (...) konnte im Jahr 1997 Privatisierungserlöse von brutto 6,3 Mrd. S erzielen. Laut Mitteilung der ÖIAG können für 1997 drei Mrd. S zur Abdeckung jener Zinsen und Tilgungen von Krediten aufgewendet werden, für die die Republik laut ÖIAG-Finanzierungsgesetz Verpflichtungen übernommen hat."

<sup>35</sup> Siehe OeNB-Geschäftsbericht 1999, Grafik S. 140

Das war ein gewaltiger Brocken, 84 Prozent mehr als die ÖIAG aus der Austria Tabak erlöst hatte. Damit trug die Zentralbank im Alleingang 28 Prozent zur Budgetverbesserung im Bund bei.<sup>36</sup> Ein kleinerer Teil der Nationalbankgelder entstammte höheren Einnahmen aus der Körperschaftssteuer. Der Mehrgewinn von knapp 500 Mio. Euro ist zu einem großen Teil über Goldverkäufe hereingebracht worden.

Die Bonanza am Otto-Wagner-Platz ist in den darauf folgenden Jahren sogar noch ergiebiger geworden: Im historischen, bisher einzigen Nulldefizit-Jahr (2001) überwies die OeNB Grasser 1,5 Mrd. Euro.<sup>37</sup> 2003 war das Zentralbank-Vieh endgültig ausgemergelt und seine "Erfolgssträhne" brach jäh ab. Heute liegt der Jahresgewinn bei etwa einem Fünftel davon.

Aus den Erläuterungen im Jahresbericht 1997 lässt sich ungefähr ermessen, welchen Anteil die Goldverkäufe am ausgeschütteten Gewinn hatten. Auf Seite 98 wird die Verringerung der "Goldposition" zwischen den beiden Bilanzstichtagen folgendermaßen aufgeschlüsselt (eigene Hervorhebung):

|   | <i>in kgf</i> | <i>in Mio S</i> |
|---|---------------|-----------------|
| a) Veränderung aus der Einbringung von 20% des Goldbestands in das Europäische Währungsinstitut (EWI) | +18.055       | +1.083          |
| b) Goldverkäufe an die Münze Österreich AG  | -32.610       | -1.957          |
| c) Ausweitung der Goldterminals gegen Devisen   | -69.672       | -4.180          |
| d) Sonstige Goldtransaktionen (per saldo)   | + 1.075       | + 65            |
|   | -83.152       | -4.989          |

Dies heißt, dass die Nationalbank in diesem Jahr 102,3 Tonnen Gold verkauft und daraus einen Gewinn von etwa 6 Mrd. S (ca. 440 Mio. Euro) lukriert haben muss.<sup>38</sup> In der Tabelle wird noch ein Swap mit dem EWI, der Vorläuferin der EZB erwähnt, der um 18 Tonnen ausgeweitet worden ist. Das hat aber nichts mit irgendwelchen Profiten zu tun, schon gar nicht ausschüttungsfähigen.

32,6 Tonnen gingen an die Münze Österreich, die daraus Philharmoniker produzierte und 69,7 Tonnen wurden über die Beendigung von Goldtermingeschäften (Gold gegen Devisen)

<sup>36</sup> Dessen Defizit konnte 1997 um 35,9 Mrd. Schilling verkleinert werden.

<sup>37</sup> OeNB, Geschäftsbericht 2001, S. 101

<sup>38</sup> Die Summe aus b.) und c.) ist genau genommen weder der Erlös noch der Gewinn aus den Goldverkäufen, sondern der buchhalterische Wert. Weil die Verkäufe um etwa das Doppelte erfolgten, entspricht dieser in etwa auch dem "Gewinn"

losgeschlagen. Das machte zusammen immerhin etwa ein Viertel des noch Ende 1996 gehaltenen Edelmetalls aus.

Auf den ersten Blick erscheinen die Gewinne, die die Nationalbank mit den Goldverkäufen erzielt hat, unplausibel hoch - schließlich war das gelbe Metall damals noch extrem billig. Die Nationalbank verkaufte es 1997 um etwa 120.000 Schilling oder 8.720 Euro pro Kilo - etwa ein Viertel jenes Werts, bei dem der heutige sogenannte Marktpreis liegt.

Des Rätsels Lösung ist, dass das Gold in der Bilanz unterbewertet war und man es zum doppelten Buchwert loswerden konnte. Die Bank hatte das Metall seit 1979 mit nur 60.000 Schilling (4.360 Euro) pro Kilo geführt. Ein Unternehmer würde ein solches Vorgehen als das "Heben stiller Reserven" bezeichnen. Man kann es auch so ausdrücken: die Nationalbank "hob" einen Schatz, den das österreichische Volk seit den 1960er-Jahren angesammelt hatte und machte ihn zu Geld (das sie selbst "drucken" konnte).

Die OeNB war im Übrigen nicht die einzige Zentralbank, die Währungsgold eingesetzt haben, um für ihr Land ein Euro-Ticket zu kaufen, wie der Devisenexperte der Bank of England auf einem BIZ-Treffen am 29. April 1997 andeutet: "A second worry surrounded the EMU process, and the expectation that European central banks would sell gold to help meet Maastricht debt targets-."<sup>39</sup> Konkret nannte Smeeton Belgien und die Niederlande, aber die in diesem Jahr aus Österreich fließenden 100 Tonnen konnten aber auch nicht als "kleinen Fische" bezeichnet werden.

Neben glatten Verkäufen haben auch Spielereien bei der Goldbewertung eine Rolle in diesem Prozess gespielt, zum Beispiel in Italien 1996/97. Ein "Doppelpass" zwischen der Banca d'Italia (BI) und einer zur Zentralbank gehörenden zweiten Behörde (Ufficio Italiano dei Cambi) führten zu Buchgewinnen von 7.600 Milliarden Lire.<sup>40</sup>

---

<sup>39</sup> <http://www.gata.org/node/9623>

<sup>40</sup> Vgl. dazu James D. Savage, "Making the EMU, S. 124 ff..